

DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

Wintersemester 1979/80
Dezember Nr. 7

STREIBLER - DER PLURALIST
=====

Am kommenden Mittwoch soll in der Berufungsfrage um die Nachfolge von Prof. Bös eine weitere Vorentscheidung gefällt werden. Von den vorerst verbliebenen 8 Kandidaten werden nun einige mehr ausgeschieden werden. Allerorten steigt die Häufigkeit und Intensität der Geheimverhandlungen hinter den Kulissen - der Gespräche zwischen den diversen Professoren, Assistenten- und Studentenvertreter.

In grober Vereinfachung können dabei drei mehr oder minder fest zusammengefügte "Fraktionen" innerhalb der Berufungskommission unterschieden werden: Zunächst die Professoren- und Assistentengruppe um Prof. Weber, der es vor allem um die Berufung oder zumindest um eine gute Platzierung von Windisch und Rose geht. In der Mitte einige Professoren u. Assistenten, denen sehr an einer Berufung von v.d.Bellen gelegen ist. Dann die Studenten - wobei der eine oder andere Prof. u. Ass. dazugerechnet werden kann - die in erster Linie Roloff und auch Matzner unterstützen.

Interessanterweise hat sich Streibler am schärfsten gegen eine Berufung von Prof. Roloff ausgesprochen. Während sogar etliche konservative Professoren und Assistenten Roloff gute Qualifikationen konzidierten, argumentiert Streibler mit unwiderlegbaren Feststellungen gegen Roloff: Dieser komme aus Bremen, die Bremer Universität habe einen schlechten Ruf, weil es dort auch Professoren gibt, die Kommunisten sind; deshalb schade Roloff dem Ruf unserer ehrwürdigen Fakultät. Doch weniger der Ruf der Fakultät kümmert ihn, vielmehr seine Karriereavancen im Verein für Socialpolitik und sein Ruf in konservativen deutschen Ökonomenkreisen. Hier hat Streibler anscheinend noch 'Großes' vor.

Es ist eigenartig, wie schnell der paläoliberalen Schein des Herrn Streibler erlischt, wenn seine Interessen tangiert sind. Aus Bremen zu sein genügt zur Disqualifikation von Bewerbern, ohne daß er sie sich noch genauer ansehen müßte.

INTERVIEW MIT DEM LANDESSCHREIBER PARKAS

Folgendes Gespräch fand einige Tage nach dem Ausschluss von Reinhard Parkas aus der KPÖ in Wien mit Vertretern der HKSTL und des RBK statt. Dies ist nur ein Teil des insgesamt annähernd zweistündigen Gesprächs. Der volle Text dieses Interviews soll demnächst gemeinsam mit der HKSTL als "edition" erscheinen.

H/R: Könntest du einen kurzen Überblick über deine politische Erfahrung seit deinem Eintritt in die KPÖ geben?

R.F.: Seit 1970/71 sind zahlreiche jüngere Arbeiter, Schüler, Angestellte in einen bestimmten Meinungsbildungsprozeß dazugekommen, daß sie KPÖ-Mitglieder wurden. Wir sind dabei ausgegangen von der relativen Beschränktheit des politischen Spektrums in Vorarlberg. Links von der SPÖ war eben nichts da außer der sehr bescheiden strukturierten KPÖ, die es unserer Meinung nach aufzubauen galt. Hier versuchten wir mit neuen Methoden diese Aufgabe zu bewältigen. Ich selbst wurde 2 Jahre später zur zentralen Parteschulung in die Su delegiert, war anschließend in Wien, im 22. Bezirk, tätig und kam dann später nach Vorarlberg.

H/R: Du hattest ja schon in Wien Schwierigkeiten mit der Parteiführung, als deren Ergebnis du nach Vorarlberg geschickt wurdest.

R.F.: Ich bin bereits in Wien zur Auffassung gekommen, daß der bürokratische Apparat der KPÖ eigentlich eine elastische Fortschrittliche Tätigkeit unterbindet; Ich bin mit diesem Apparat wiederholt zusammengestoßen und das hat dazu geführt, daß mir schließlich auch von Landesobmann der KPÖ-Wien Gen. Franz Karger jede Tätigkeit in der Jugendorganisation unterbunden wurde. Wie es hieß, sollte ich mich darauf konzentrieren Volkstümliche-Abo zu werben, für neue Mitglieder zu sorgen und Flugblätter zu verteilen. Dieses Schicksal ist kein individuelles, sondern nach der Meinung des KPÖ-Apparates sind die jungen Mitglieder in erster Linie dazu da, diese Aufgaben zu erfüllen; es denken andere für sie.

H/R: Haben deine Erfahrungen mit dem "Realen Sozialismus" in Moskau Auswirkungen auf deine politische Tätigkeit gehabt?

R.F.: Ich habe im Lauf der Jahre meine Erfahrungen mit dem Sozialismus, was man simplifizierend als "Realer Sozialismus" bezeichnet. Ich habe festgestellt, daß die schematisierende Gegenüberstellung von einem realen Sozialismus zum Imperialismus nicht den Tatsachen entspricht - insbesondere, daß das osteuropäische Modell für Westeuropa in keiner Weise gangbar ist. (...)

H/R: Welche Position hattest du in Wien inne und weshalb wurdest du als Landesschreiber in VlbG, trotz der Differenzen mit der Leitung, eingesetzt?

R.F.: Meine Tätigkeit in der Parteiorganisation, konkret im 22. Bezirk und in der Stadtleitung, hat vor ca. 5 Jahren stattgefunden und ist dann zu einem abrupten Ende gekommen, als man mich in Wien nicht mehr wollte, dafür aber in Vorarlberg. Die Vorarlberger Sektion war aus verschiedenen Gründen in einem desolaten Zustand. Es hat einen dringenden Wunsch, v. a. der jüngeren Genossen, entsprechen, mich ins Land zu bekommen, das "BK" hat von Anfang an dagegen Bedenken angemeldet und hat sich auch gegen meine Wahl zum Landesschreiber und gegen meine weitere Anstellung in Parteiapparat der KPÖ ausgesprochen. Nur weil das VlbG'ler Landesschreibariat seinen Rücktritt geschlossen angekündigt hat, konnte mein Einsatz in VlbG. verwirklicht werden.

H/R: Hat man die damaligen Differenzen offen ausgetragen?

R.F.: Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten in der KPÖ werden traditionell in

kleinen Gremien ausgefochten, ohne Information der Parteimitglieder, ohne Information der interessierten Öffentlichkeit.

H/R: Wie wolltest du deine politischen Erfahrungen aus Wien in VlbG. umsetzen?

R.F.: Ich war, so wie ich glaube viele der jüngeren Funktionäre in der KPÖ, der Auffassung, daß die vorhandenen Probleme, die Isolierung der Partei durch organisatorische Maßnahmen zu verbessern wäre. So schien mir der Aufbau von Grundorganisationen, aber auch der Aufbau von Jugendorganisationen sinnvoll. Ich bin dann zur Einsicht gekommen, daß das Dilemma der KPÖ eigentlich woanders liegt, nämlich in der fehlerhaften Dialektik zu den anderen Kräften der Linken, in einem Anspruch auf absolute Wahrheit, und in verschiedensten sektiererischen Auffassungen. Ich wollte mit meiner Tätigkeit zu einer Erneuerung beitragen, zu einer Stärkung der KPÖ im Land, was bis heute gelungen ist. 1970 hatte die KPÖ in VlbG. 0,5 %, heute immerhin 1% der Stimmen.

H/R: Glaubst du, daß es in VlbG. spezifische Bedingungen gibt, die die Herausbildung eines euro-kommunistischen Flügels begünstigen?

R.F.: Ich habe bereits auf die relative Enge des linken Spektrums hingewiesen. Es ist seltsam, daß gerade in dieser Enge eine neue, aktuelle Tendenz, wie der Eurokommunismus zum Spielplan gekommen ist. Dies hat verschiedene Ursachen. Auf der einen Seite sind die Kontakte der KPÖ-VlbG. zur KPI.

H/R: Seit wann gibt's die?

R.F.: Die hat es seit 4 Jahren gegeben.

H/R: Wußte das die Bundes-KPÖ und wie hat sie sich dazu gestellt?

R.F.: Diese Kontakte wurden dem ZK mitgeteilt. Sie sind von allem Anfang an mit Mißtrauen und argen Befürchtungen (die sich ja

jetzt als richtig erwiesen haben) verfolgt worden. Man hat von uns verlangt überhaupt einmal anzuschauen, ob wir nach Italien fahren können. Wir haben selbstverständlich nicht angesucht, und lediglich diese Kontakte mitgeteilt und auf verschiedenen Aussprachen mit zentralen Funktionären wurde der Versuch gemacht uns zu verbieten, über bestimmte Dinge mit den italienischen Genossen zu sprechen, wie z. B. die Einschätzung des sog. realen Sozialismus, zur Problematik des "dritten Wegs" ... Zum anderen war es auch das Suchen einer etwas resignierten Linken innerhalb der SPÖ-VlbG. nach neuen Formen einer fortschrittlichen Politik, die zu einer Beschäftigung mit euro-kommunistischen Vorstellungen geführt hat. Heute zeigt sich, daß beispielsweise auf einer Diskussionsebene wie im "Linken Forum" diese Strömungen zusammenreffen und möglicherweise in Organisationen wie der FPÖ und der GB gemeinsamen Fuß fassen können.

H/R: Habt ihr auch nicht landesbezogene Aspekte in euren Wahlkämpfen zum IR und zum LT einbezogen?

R.F.: Wir haben uns nicht gescheut im Rahmen des Wahlkampfes auch Aussagen zu verschiedenen außenpolitischen Thesen, wie wir sie für richtig gehalten haben, z. B. zum Fall Kohout, zu treffen. Wir glaubten, daß es darauf ankomme als - wenn man so will - alternative Kraft zum Sozialpartnerschaftssystem aufzutreten. Wir glaubten, daß es möglich ist auch Impulse zu setzen in Richtung auf eine Veränderung und Erneuerung der KPÖ. Heute hat es sich gezeigt, daß sich der Funktionärsapparat als stärker erwiesen hat und daß der in der KPÖ eingerissene Bürokratismus diese Entwicklung, die eigentlich auch von den Wählern honoriert wurde, abgestoppt hat. Die Aussichten auf eine Transformation dieser Partei sind somit heute als verschwindend gering zu bezeichnen.

H/R: Wie haben sich die Kontakte zur KPI abgespielt und wurde über diese Fragen je im ZK eine breite, offene Diskussion geführt?

R.F.: Der Eurokommunismus führt im Rahmen der KPÖ stets Anführungszeichen, er wird offiziell verleugnet als bürgerliche Erfindung, um ihn dann inoffiziell umso schärfer bekämpfen zu können. Die KPÖ-Führung verfolgt damit die Linie der KPÖSU, die sich in den Aussagen von Boris Ponomarew gezeigt hat; die KPÖ-Mitglieder werden über den Eurokommunismus nicht informiert, und gerade aus diesen Ursachen heraus ist unser praktischer Kontakt mit der KPI - der glaube ich innerhalb Österreichs einzigartig ist - zu einer Grundlage fruchtbarer theoretischer Überlegungen geworden, die sofort auf den intensiven Widerstand des ZK gestoßen sind.

H/R: Gen. Parkas, was waren dann die entscheidenden Gründe für den Ausschluß und wie hat er sich abgespielt?

R.F.: Es hat sich herausgestellt, daß verschiedene Meinungsverschiedenheiten zwischen Vlbgr. Aktivisten und Proponenten des ZK bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind nicht in einem demokratischen Diskussionsprozeß zur Austragung gekommen, sondern wurden administrativ behandelt, indem man diese Sachprobleme personalisiert hat und mich nach kurzem Verfahren aus der KPÖ ausgeschlossen hat.

H/R: Wir wollen jetzt konkret auf die Berichterstattung in der "Volksstimme" zu deinem Fall eingehen. Hier war eine der Hauptlinien der Argumentation, daß du ohne vorherige Diskussion im ZK und der Landesleitung Vlbgr. an die Öffentlichkeit getreten bist, stimmt das?

R.F.: Die "Volksstimme" hat sich eigentlich nie mit meinen Auffassungen auseinandergesetzt. Sie hat diese nur in Verein-

fachungen und Verzerrungen wiedergegeben, sie hat auch für Äußerungen verschiedener Vlbgr. Genossen und der Bezirkskonferenzen keinen Platz gefunden, die Auffassungen, die heute als Grundlage für meinen Parteiausschluß dienen, sind wiederholt in den Sitzungen des ZK und der Vlbgr. Organisationen gefallen, wobei mir im Fall Kohout eine sofortige Äußerung als damaliger Spitzenkandidat der KPÖ zu den LW-Wahlen notwendig schien. Das ZK verschweigt bewußt, daß seit Jahren in verschiedenen Fragen ein Dissens festzustellen ist und verschweigt bewußt, daß mir wiederholte Male die Kündigung angedroht wurde, weil ich politische Auffassungen vertreten habe, die im Widerspruch zu den Auffassungen der Parteiführung gestanden haben. Ich bin erst seit kurzer Zeit ins ZK kooperiert worden, habe an sehr wenigen ZK-Sitzungen teilgenommen. Diese Kooperationsleistung gegen den Widerstand der Parteiführung nur eben durch den geschlossenen Druck der Vlbgr. zustande gekommen. Man hat bereits damals die politische Zuverlässigkeit des Gen. Parkas in Zweifel gezogen.

H/R: Eine zweite Hauptlinie der VS-Argumentation läuft darauf hinaus, daß man dich als isolierten Einzelgänger hinstellt.

R.F.: Die Personalisierung der Meinungsverschiedenheiten in der KPÖ hat ja durchaus seine Tradition. Ich möchte nur an den Ausschluß Paul Fischauers im Jahr 63 oder an die Debatte rund um Ernst Fischer und Gen. erinnern. Immer wieder wurde der Versuch gemacht, Meinungen und Standpunkte als Fehlleistungen einzelner verrirrter Schäfchen in der Partei darzustellen und nicht als eine Notwendigkeit einer Weiterentwicklung einer sich als marxistisch bezeichnenden Partei. Wie breit diese kritische Auffassung in Vlbgr. selbst verwurzelt ist, beweist der Rücktritt des Vlbgr. Landesobmanns aus Protest gegen meinen

Ausschluß, und beweist, daß nahezu alle jüngeren Funktionäre und Mitglieder der Partei in den letzten Tagen aus der KPÖ ausgetreten sind. Es ist etwa die Hälfte der Landesleitungsmitglieder ausgetreten, darunter nahezu alle jungen Mitglieder der Landesleitung. Ich möchte betonen, daß damit die KPÖ in VlbG. zerschlagen wurde, zerschlagen durch einen einzigen Willkürakt, der auch die Unfähigkeit der Parteiführung unter Beweis stellt sich mit theoretischen Positionen und praktischen Erneuerungsversuchen der KPÖ auseinanderzusetzen. Meines Wissens sind etwa 20 - 30 Genossen aus der KPÖ-VlbG. ausgetreten. Das sind die Aktivisten.

H/R: Wie verläuft die Diskussion in ZK?

R.F.: Nicht zu unrecht vergleichen verschiedene Proponenten des Eurokommunismus darunter Gen. S. Carillo die KPÖ mit der katholischen Kirche, an diesen Vergleich habe ich auch an der letzten ZK-Sitzung gedacht. Dort sind Inquisitoren aufgetreten, die mit dem sog. revisionistischen Irrglauben aufräumen wollten. Kardinäle haben sich vorgestellt, an deren Meinung nicht zu zweifeln ist, und es ist schließlich auch zu einem Schisma gekommen über meine Person. Die Diskussion war insgesamt primitiv - das ist noch höflich ausgedrückt - und ich glaube solche Äußerungen wie, ich solle in einem Betrieb arbeiten, dann würde ich schon zu anderen Meinungen kommen oder der Vergleich der KPÖ mit einem Bienenzuchtverein, der mich eben schon ausgeschlossen hätte, lassen an den Qualifikationen, an den derzeitigen Mitgliedern des ZK einige Zweifel aufkommen.

H/R: Wir wissen von Solidaritätsadressen von namhaften KP und KP-nahen Künstlern, die sogar von der VS abgedruckt werden mußten. Gibt es auch andere Solidaritätserklärungen und Protestresolutionen gegen deinen Ausschluß?

R.F.: Es gibt trotz des Versuchs der Parteiführung die Diskussion zu unterdrücken zahlreiche Proteste, sehr breiten Unmut über diese Maßnahme. Es gibt Protestresolutionen von Betriebsräten, es haben Betriebsratsobleute des GLB ihre Funktionen zur Verfügung gestellt, ein Brief verschiedener Genossen hat sich mit der VlbG. Sektion solidarisch erklärt.

H/R: Kurz nach deinem Ausschluß aus der KPÖ bist du als Gründungsmitglied der FÖJ und GE aufgetreten. Wie stellst sich für dich und die ausgetretenen Genossen eine zukünftige praktische Politik in VlbG. dar?

R.F.: Der Parteiausschluß ist natürlich nicht unerwartet gekommen. Bereits nach meiner ersten bescheidenen Kritik an der Ausbürgerung von P. Kohout hat der Parteivorsitzende der KPÖ P. Muhri gegenüber unserem Landesparteiobmann erklärt, ich müßte aus der KPÖ ausgeschlossen werden. Solche Auffassungen seien eben antikommunistisch. Und da hat sich für mich und für viele andere die Frage nach einer weiteren Tätigkeit im Rahmen der linken Bewegung ergeben, und wir haben uns in Verbindung gesetzt mit jenen Kräften im ÖGB, und in der SPÖ, die an Aufbau der GE und FÖJ in VlbG. interessiert waren. Weil ich nicht der Meinung bin, und das gilt auch für andere Genossen, daß man in einem sehr engen politischen Rahmen eine quasi eurokommunistische politische Gruppe in VlbG. bilden kann, ohne irgendeinen Bezug zu anderen Bundesländern zu haben und ohne auf ein weites Spektrum der Linken zurückgreifen zu können. Darüberhinaus ist es auch zur Gründung einer demokratischen Initiative VlbG. gekommen, die sich das Ziel setzt, eine Sammelbewegung für alle alternativen Kräfte in diesem Lande zu sein, um auch durch das Erbringen von Mandaten in den diversen Körperschaften, linke Positionen im Ländle besser absichern zu können.

Aus der Welt der Medizin :

MODELLOMANIE - die Geisel unserer Zeit

Krankheitsbild : Patient lebt in einer Scheinwelt selbsterfundener oder angelesener "Modelle". Stößt wiederholt Worte wie "sei" "so gilt" oder griechische Buchstaben aus und gerät dadurch in den Zustand höchster Erregung. Ansteckungsgefahr !

Unter der sogenannten Intelligenz der westlichen Welt grassiert eine heimtückische Krankheit : Modellomanie. Wurde sie bisher vom größten Teil der Fachwelt unterschätzt, so sind wir uns heute ihrer weitgehenden Verbreitung und ihrer katastrophalen Auswirkungen nur zu bewußt. Obwohl in den Möglichkeiten frühzeitiger Diagnose Fortschritte gemacht wurden, scheitert eine wirksame Bekämpfung am Mangel an ausgebildeten Therapeuten. Zu groß erscheint vielen, grundsätzlich befähigten jungen Leuten die Ansteckungsgefahr, zu viele unterschätzen den Ernst der Lage. Die soeben anlaufende Aufklärungskampagne trifft oft auf taube Ohren. Symptomatisch ist die Krankheitsgeschichte des Studenten N. :

Zu Beginn des Studiums wird N. von seinen Kollegen noch als durchaus normaler junger Mann - fleißig, ein wenig verklemmt - bezeichnet. Im Laufe der Semester bekommt er Kontakt zu Modello - manen. Das unbekannte Gift erregt die Neugier des introvertierten N., er beginnt Modelle nachzuvollziehen. Bald können weder der zu unverbündlich gesponnene Freundeskreis, noch das Elternhaus den infizierten Studenten mehr aus den Klauen der Krankheit befreien. Oft sitzt er nächtelang und versucht eigene Modelle zu bauen, hält Monologe und wähnt sich immer mehr in einem Zustand fortschreitender Erkenntnis, dem in grotesk-trister Weise seine, tatsächlich stattfindende, zunehmende Isolation gegenübersteht. Mit seinem Avancement zum Assistenten tritt die Seuche in ein neues Stadium. Nun ist Rettung kaum mehr möglich.

Als aggressive Abart der Modellomanie kann nämlich, vorzugsweise*) unter Lehrpersonen, der sogenannte Theorismus beobachtet werden. Während der gewöhnliche Modellomane seine Hirngespinnste still lächelnd mit sich herumträgt, versucht der an Theorismus Erkrankte seine illusorischen Modelle seiner Umwelt aufzudrängen. Machtpositionen, etwa in Prüfungssituationen, ausnutzend versucht der Theorrist oft die in seiner Gewalt befindlichen Personen zum Nachplappern seines Gestammels zu zwingen. Besonders raffinierte Theorristen geben das Nachvollziehen von Modellen als Lehrziel aus und hoffen auf diese hinterlistige Weise den Bazillus unter die Leute zu bringen. Die alte

Masche der Verführer : scheinbar Distanz gewährend (der Prüfling glaubt ein fremdes, jederzeit ablegbares Modell nachzuvollziehen) bin - den sie den künftigen Süchtigen nur umso fester (die eingeübte Denkmethode erscheint dem Prüfling bald als die eigene, die gewährte Distanz wird illusionär, die Illusion hingegen real).

Daß es sich bei der Modellomanie, bzw ihrer bösartigen Spielart dem Theorismus, um eine internationale Epidemie handelt, läßt sich belegen. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgegebenen Periodika, AER (American Economic Review), JET (Journal of Economic Theorie), RES, GJE, JPE und viele andere, sammeln und publizieren symptomatische Krankheitsbilder aus der gesamten westlichen Hemisphäre. Mit zunehmendem Verfall steht der Patient nämlich immer mehr unter dem Zwang der Selbstdarstellung (später und unreflektierter Ausdruck seiner Isolation). Auf Anregung der WHO wurde den Kranken diese Selbstdarstellung in Form von sogenannten "Papers" (Paranoids Periodical) ermöglicht. Damit soll in erster Linie ein Vergleich der Ausbreitungsgeschwindigkeiten in verschiedenen Staaten statistisch greifbar werden. Zudem kann eine derartig reiche Dokumentation bei erfolgreicher Eindämmung der Epidemie wertvollstes Material für die Geschichte der Medizin liefern.

Neben diesen Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation steht dem Interessierten noch das Engagement in einer der Selbsthilfeorganisationen offen (RBK, GGI, etc). Als Plattform all dieser Gruppen sei hiermit der Entwurf einer "Resolution gegen den internationalen Theorismus" zur Diskussion gestellt.

*) Der Begriff des "Theorristen" konstituiert sich aus zwei Begriffspaaren : das eine bezieht sich auf die Struktur, die Stellung des Theorristen in der Systematik der Wissenschaften, er ist Theologe (Modellglaube) und Jurist (er achtet auf die formale Rechtmäßigkeit seiner Ableitungen), kurz Theorrist. Das andere bezeichnet seine Funktion, "Theorie" mittels Terror zu verbreiten, den "Theorismus". (vergleiche dazu die Theorismusdiskussion in der Kronenzeitung, dem theoretischen Organ der SPÖ).

Herausgeber, Eigentümer, Verleger, Vervielfältiger und im Sinne des Pressegesetzes Verantwortlicher : Kurt Langbein, Wien 1110, Weigandhof 5

Eine Frage an Dr. Mock:

Wer sind die Terroristen?

Stellungnahme eines palästinensischen Studenten

Zu einem Zeitpunkt, wo die PLO und die Rechte des palästinensischen Volkes weltweit anerkannt werden, finde ich es sehr bedauerlich, daß ÖVP - Obmann Mock diese einseitige, nicht ausgewogene, pro-israelische und anti-arabische Haltung einnimmt. Diese Haltung rechtfertigt und ermuntert Israel zum Genozid am palästinensischen Volk und der im Südlibanon praktizierten Politik der verbrannten Erde.

Ich möchte feststellen, daß die PLO eine Befreiungsorganisation ist und gegen die israelischen Okkupanten für die Erreichung ihrer international anerkannten Rechte gemäß UNO - Charta und Beschlüsse kämpft, während Israel seit seiner Gründung eine expansionistische Politik betreibt und dabei den Terror als offizielles Mittel verwendet. Seit seiner Gründung bis zum heutigen Tag verletzt und mißachtet Israel die UNO - Charta und Beschlüsse. Ich möchte nur den Teilungsbeschluß Nr. 181 vom 29. Nov. 1947 nennen, der die Gründung zweier Staaten in Palästina vorsieht, weiters den UNO-Beschluß 194 vom 11. Dez. 1948, der die Rückkehr der Flüchtlinge beinhaltet und den UNO-Beschluß 3236 von 1974, der die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes wie sein Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf Rückkehr und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Bodens beinhaltet.

Es ist allgemein bekannt, daß die PLO als Beobachter in der UNO eine konstruktive Arbeit leistet und die UNO-Charta sowie alle Beschlüsse zum Palästina-Problem achtet. Zu einer Zeit, wo die internationale Isolierung Israels ständig zunimmt und die Anerkennung der PLO in Westeuropa und den USA täglich wächst, stellt Obmann Mock sich hinter Begin's Politik, die sogar bei Dayan und anderen Israelis auf Widerstand stößt. Seine Äußerungen sind eine Beleidigung des palästinensischen Volkes und dienen in keiner Weise der Erreichung einer gerechten Lösung im Nahen Osten. Das Nahost-Problem, das zu einem Dritten Weltkrieg führen kann, sollte ein viel zu ernstes Problem sein, um als innenpolitisches Kampfmittel benutzt zu werden.

Ein Spitzenpolitiker, der sich außenpolitisch betätigt, sollte sich ehrlich um einen Frieden bemühen und versuchen, allen Beteiligten gerecht zu werden und nicht eine aus einseitiger Information entstandene pro-israelische Haltung einnehmen. Ich bin der Meinung, daß die Äußerungen des ÖVP-Obmannes Mock als Belastung der arabisch-österreichischen Beziehungen zu werten sind. Die PLO tritt für eine gerechte, dauerhafte und umfassende Lösung im Nahen Osten ein.

Die israelischen Führer und die Unterstützer der Zionisten greifen ständig das palästinensische Volk an und bezichtigen die palästinensischen Widerstandsbewegungen, Terroristen zu sein. Das Studium der letzten 50 Jahre palästinensischer Geschichte zeigt, daß die ersten Terrormethoden im Mittleren Osten tatsächlich von den Zionisten angewandt wurden, die heute in der Lage sind, Gewalttätigkeit mit ganzer Kraft und den Hilfsmitteln eines hochindustrialisierten und bestausrüsteten Staates im Rücken anzuwenden.

14. Mai 1948 : Vorzeitige Gründung des Staates Israel. Zu diesem Zeitpunkt waren seit November 1947 mehr als 300.000 Araber durch zionistische Terrorgruppen aus ihrer Heimat vertrieben worden.

17. September 1948: Der schwedische Graf Folke Bernadotte, der im Auftrag der UNO im Palästina-Konflikt vermitteln soll, wird im Auftrag zionistischer Terrororganisationen ermordet.

20 Juli 1949: Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens mit Syrien und Ende des Palästina-Krieges. Im Ergebnis dieses Krieges besitzt Israel fast 7000 Quadratkilometer jenes Gebietes, das zu dem vorgeschlagenen arabischen Palästina-Staat gehören sollte, sowie einen Teil Jerusalems. Arabische Dörfer innerhalb der Waffenstillstandslinie, um zu verhindern, daß ihre einstigen Bewohner zurückkehren. Fast eine Million Palästinenser wird aus ihren Heimstätten vertrieben. Sie flüchten nach Syrien, Libanon, Jordanien und anderen arabischen Staaten. Der Besitz wird vom israelischen Staat entschädigungslos konfisziert, in diesen Gebieten werden jüdische Einwanderer angesiedelt.

1951: Serie von israelischen Angriffen auf Dörfer an der jordanischen Grenze.

14., 15. Oktober 1953: Ein israelischer Überfall auf das Dorf Qibya (Westufer des Jordan) fordert 75 Tote unter der Zivilbevölkerung. Der katholische Geistliche Pater Ralph Gorman, der den Angriff miterlebt, schreibt: "Frauen und Kinder sowie Männer wurden vorsätzlich, systematisch und kaltblütig ermordet."

5. Juni 1967: Israel überfällt Ägypten, Syrien und Jordanien. Es besitzt arabische Territorien von der dreifachen Größe Israels. Der unter jordanischer Hoheit stehender Teil Jerusalems wird offiziell annektiert.

In den Jahren 1968, 1969 und 1970 verübt Israel während seines sogenannten Zermübungskrieges zahlreiche bewaffnete Anschläge gegen die arabischen Nachbarstaaten, die sich vor allem gegen die Palästinenser richten.

Jänner 1973: Bei Angriffen auf syrisches und libanesisches Gebiet werden neben Sprengbomben auch Giftgas und Napalm eingesetzt.

Dezember 1977 : Nach Angriffen auf syrisches und libanesisches Gebiet werden neben Sprengbomben

Dezember 1977: Nach Angaben der libanesischen Polizei werden bei israelischen Luftangriffen auf palästinensische Flüchtlingslager mehr als 100 Einwohner getötet, davon über die Hälfte Frauen und Kinder.

Ganze Dörfer werden zerstört, darunter Schulen, Krankenhäuser und Einrichtungen der UNRWA. Jede dieser Aktionen ist ein Beispiel für die Terroristen bzw. den Terrorismus, der von den offiziellen Kräften des israelischen Staates ausgeht. Selbst wenn die Israelis Angriffe gegen die tatsächlichen Guerillakräfte oder gegen die Führer der Palästina-Bewegung starteten, nahmen sie nur wenig Rücksicht auf Zivilisten, die zufällig in ihren Weg kamen.

Die Anwendung von Terror durch Israel ist nicht nur auf den Nahen-Osten beschränkt. Zur gleichen Zeit, als israelische Führer den palästinensischen Widerstand bezichtigten, war in Wirklichkeit der Briefbombensendungen begonnen zu haben, war im Auftrag der israelischen Geheimdienste mit dieser Sache beschäftigt. Bomben wurden an Propalästinensische Büros oder an die Adresse von Sympathisanten in Amerika und Europa geschickt. Palästinensische Sprecher in Zypern, Italien, Frankreich, BRD und Dänemark wurden, sondern Agenten, die nicht als unabhängige Operateure handelten, sondern von der Regierung befehligt wurden, entweder ermordet oder schwer verwundet. Der Katalog des israelischen Terrors ist sehr umfangreich nicht nur was die Vielzahl der benutzten Methoden betrifft, sondern auch hinsichtlich seiner geographischen Ausdehnung und der Zahl der Jahre, während der er stattgefunden hat. Es sind inzwischen fast 40 Jahre vergangen, seit die zionistischen Vorläufer des israelischen Staates mit dem Terror begannen.

Während der Zeit vor der Gründung des Staates Israel bestand der Zionistische Terror gegen die Palästinenser aus einer Reihe von Angriffen auf öffentliche Einrichtungen. Eine Bombenexplosion am 14. Juli 1938 in Haifa tötete 12 Menschen, unter ihnen Frauen und Kinder. 39 Araber wurden getötet und 64 verletzt, als Zionisten am 25. Juli 1938 eine Bombe auf einem arabischen Marktplatz zündeten.

Auf den Marktplätzen von Haifa und Jaffa starben am 27.2.1939 28 Araber durch eine von Zionisten gelegte Bombe. Die Zionisten griffen auch zivile Busse an. Auch gegen die britische Besatzungsmacht, soweit sie die zionistischen Pläne behinderte, gingen die Israelis mit terroristischen Mitteln vor. Zionistische Angriffe richteten sich nicht nur gegen Sicherheitsorgane. Häufig wurden Zivilisten als Geiseln für gefangene Terroristen genommen. Auch die Briefbombe wurde von den Zionisten erfunden, die sie gegen die Briten benutzten.

Während des Palästina-Krieges (1947-48) hielten diese Methoden an. Der berüchtigste Vorfall war die Ermordung des Grafen Bernadotte durch Israelis. Bernadotte, der UN-Vermittler in Palästina, wurde am 17.9.1948 im israelisch kontrollierten Sektor von Jerusalem erschossen.

Das zionistische Ziel während des Palästina-Krieges war, die Kontrolle zu übernehmen und die Araber zu zwingen, ihr Heimatland zu verlassen. Dazu wurde ein allumfassender Terrorkrieg gegen die Palästinenser geführt.

Unter dem Kommando des Terroristen Begin begann der Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk.

Das kleine palästinensische Dorf Deir Yassin, westlich von Jerusalem, war seit jeher ein friedlicher Ort, in dem die arabische Bevölkerung mit ihren jüdischen Nachbarn zusammenkam. Am 9. April 1948 wurde dieses harmonische Zusammenleben jäh unterbrochen. Um 3.45 Uhr frühmorgens wurde der Ort ohne vorherige Warnung von Flugzeugen aus bombardiert. Dann rückte die berüchtigte Irgun-Bande unter der Führung des Terroristenchefs Begin in das unbewaffnete Dorf ein und richtete ein Blutbad unter der Bevölkerung an, das nur mit Lidice zu vergleichen ist. 254 Palästinenser, mehr als ein Drittel der Ortsbewohner, wurden ermordet, darunter Kinder, schwangere Frauen, Blinde, Kranke, und auch ein 90-jähriger Mann. Die Leichen der Hingemetzelten wurden in den Dorfbrunnen geworfen. Das Dorf war völlig zerstört, die Überlebenden wurden auf Lastwagen verladen und nach Jerusalem gebracht, wo sie bei einer Siegesparade der Irgun-Bande durch die Straßen getrieben wurden. Danach wurden sie unter Gewehrsalven über die Grenze in das arabische Jerusalem gejagt.

Anschließend an dieses Massaker wurden in den übrigen arabischen Dörfern Flugzetteln verteilt und abgeworfen, auf denen in arabischer Sprache zu lesen stand: "Wenn ihr nicht bald flüchtet, wird es euch ebenso ergehen wie den Arabern in Deir Yassin". Diese grausame Aktion war ein Teil des Planes "D". Damit wollten die Irgun-Leute den Widerstand unter der palästinensischen Bevölkerung brechen, sie in Furcht und Schrecken versetzen und zur Flucht veranlassen.

So begann der Vernichtungsfeldzug des ehemaligen Irgun-Chefs und jetzigen Ministerpräsidenten Begin gegen das palästinensische Volk. Die folgende Chronologie zeigt die Fortsetzung dieser Politik bis zum heutigen Tag. Es führt eine direkte Linie vom Massaker in Deir Yassin bis zur Besetzung des Südlibanon.

6. Mai 1948: Israelische Terroristen sprengen die Moschee des Dorfes al Zaitun, nachdem zuvor seine Bewohner darin zusammengetrieben wurden.

Dieser Artikel eines palästinensischen Studenten entspricht nicht so ganz dem, was sich ein Nicht-Palästinenser unter einer 'objektiven' Darstellung des Nah-Ost-Problems vorstellt. Obwohl es für das palästinensische Selbstverständnis momentan sicherlich sehr wichtig ist, das Feindbild Israel möglichst eindeutig zu zeichnen, sollte es unser Bestreben sein, eine solche schwarz-weiß-Malerei zu relativieren.

Man macht es sich unserer Ansicht nach zu leicht, wenn man die Geschehnisse im nahen Osten begreifen will, ohne sich mit der Geschichte der Israelis, oder noch besser, der Geschichte des Judentums auseinanderzusetzen.

Dies sollte nicht heißen, das Vorgehen der Israelis zu rechtfertigen, sondern könnte ein Versuch sein, zu begreifen wieso ein Volk, welches immer wieder entsetzlicher Verfolgung ausgesetzt war, nicht davor zurückscheut, anderen ähnliches anzutun. Wir wollen zunächst einmal VERSTEHEN^U und nicht VERURTEILEN.

So erscheint uns wichtig, abgesehen von den politischen Interessen, welche so manche im nahen Osten durchsetzen, auch ethnopsychologische Aspekte in die Analyse – so eine solche vorgenommen wird – miteinzubeziehen. So leiden etwa die Israelis, wie die meisten nicht in Israel lebenden Juden auch, unter einem fürchterlichen Verfolgungswahn – was nicht schwer zu erklären ist. Nicht weil sie eine solche Freude am Kampf haben, wollen sich viele Israelis nicht mit den Palästinensern auseinandersetzen, sondern weil sie davon überzeugt sind, daß die Palästinenser sie letztlich doch nur wieder einmal vertreiben wollen. Der Spruch "treibt die Juden ins Meer" hängt ihnen noch deutlich in den Ohren. Auf der Basis dieser Überlegungen läßt sich vielleicht leichter begreifen, wieso Begin mit seiner radikal anti-palästinensischen Linie in einem Land wie Israel so gut ankommen konnte – zunächst.

Artikel wie der vorhergehende mögen wichtig sein, weil viele der aufgezählten Ereignisse weitgehend unbekannt sind, vor allem den Israelis, aber um die kollektive Paranoia in Israel abzubauen, sind andere Vorgangsweisen angebracht. Und selbst wenn in verstärktem Maße aufgeklärt, informiert und beruhigt wird, wird es noch sehr lange dauern, bis sich etwas ändert – denn, Angst und Mißtrauen sitzen sehr tief...

Leserbrief bezüglich dem Artikel über Tutorials im letzten RBK:

Liebe.....schreibe ich hin Genossen, so wird man sagen, ich
biedere mich an;
schreibe ich hin Nachfahren im RBK, so wird man
sagen, ich sei paternalistisch;

Jedenfalls ist es peinlich, wenn man sich plötzlich auf die andere Seite gesetzt sieht. Aber das sind wohl Realitäten, mit denen ich zu leben habe. Es ist wohl ein Problem des Alterwerdens, und somit mein Problem. Sei's drum, es ändert nichts an der Tatsache, daß ich die höchsten Ansprüche, die ich laut Fakultätszeitung zu erfüllen habe, nicht erfüllen kann.

Aber was sind denn diese Ansprüche, die ich zu erfüllen habe. Sie wurden mir gegenüber nicht geäußert. Ist das nur ein Versehen gewesen? Oder sollte man nicht vermuten, daß solche Ansprüche gar nicht formulierbar sind, weil sie nicht feststellbar sind, weil die Ansprüche nicht für alle gleich sind?

Da schreibt ihr von angstfreiem selbstbestimmten, kritischen Lernen? Ja, ist denn das der Fall? Da wäre ich ja wirklich ein Unterdrücker, wenn ich ein Programm mit genauen Fragen vorgebe und darüber hinaus einen Leistungsnachweis fordere.

Aber ganz scheint ihr nicht davon überzeugt zu sein, daß dieses Bedürfnis nicht nur das Eure, sondern auch eines großen Teils derer ist, die da die Übungen besuchen: Ihr fordert ja auch immer wieder, daß man die Studenten motivieren soll, sich mit dieser Wissenschaft zu beschäftigen.-Also kann doch dieses Bedürfnis zunächst gar nicht so groß sein, wenn mir die Aufgabe zufällt, ihm ein bißchen nachzuhelfen.

Also zum geforderten Leistungsnachweis: Gefordert wird ein Papier in Gruppen bis zu dreien (Ausnahmen möglich) zu einem angegebenen Thema. Erwarteter Zeitaufwand ca. 20-30 Stunden. Dieses Papier soll zweimal abgegeben werden, nach dem ersten Mal werde ich es mit der Gruppe besprechen. Die Abgabe eines überarbeiteten Papiers genügt für den Schein. Eine notenmäßige Bewertung wird nicht vorgenommen. (Selbstverständlich können auch andere Themen bearbeitet werden, wovon einige Gruppen auch Gebrauch machen.)

Wozu das Ganze? Zunächst einmal nehmen nicht alle an den Diskussionen aktiv teil. Das kann zwar aufgrund meiner und der Tutoren Unfähigkeit basieren, ist aber ein Faktum. Zweitens glaube ich, daß es notwendig ist, Behauptungen und Positionen durchgehend zu argumentieren;- und das ist für die meisten schriftlich leichter als mündlich. Daß gerade dadurch kritische Auseinandersetzungen verhindert werden und nur das Rezipieren des Stoffes gefördert wird, glaube ich nicht: der Sinn der doppelten Abgabe liegt in der Annahme, daß Studenten des ersten Abschnittes nicht ohne weiteres in der Lage sind, ökonomisch richtig zu argumentieren. Die Forderung nach einer Überarbeitung daher kein negatives Urteil bedeutet, sondern Teil des Lernens ist.

Ich hoffe, daß es dadurch gelingt, Studenten zu zeigen, worauf es bei Argumentieren ankommt, und nicht sie nur zu bewerten. Ich gebe zu, daß die Fragen, die gestellt wurden, nicht ganz einfach sind;- dies, weil ich nicht die bloße Wiedergabe bestimmter Literatur erwarte, sondern die Behandlung von Problemen anhand der Literatur.

Es wird sich vielleicht herausstellen, daß meine Ansprüche zu hoch sind, dann werde ich sie korrigieren. Aber deshalb wird niemand um den Schein kommen.

In einem will ich Euch vollkommen rechtgeben: daß die Scheine ein Übel sind. Aber nicht, weil sie das Studium erschweren, das tun sie nicht, sondern weil sie den Studenten die Möglichkeit geben, fortgesetzt Studien-erfolge zu haben, ohne im Studium der Ökonomie wirklich weiterzukommen. Als einzelner kann ich aber nicht davon abgehen, weil der Studienaufbau es den Studenten nahelegt, möglichst kostengünstig möglichst viele Scheine zu erwerben. Eine der Gratisabgabe des Ökonomiescheins hätte daher nur zur Folge, daß die Studenten die unangenehmeren Bedingungen in den anderen Fächern eher akzeptieren, was angesichts des gewählten Studiums nicht sinnvoll ist.

Das wäre das Wichtigste bis zur Diskussion am Dienstag,

mit besten Grüßen

Peter Rosner

Lieber Genosse und Vorfahre Peter Rosner!

Du sprichst in Deinem Leserbrief von so vielen Fakten und Realitäten, mit denen Du eben- und da wir mit Dir- auch wir leben müssen.

...daß man sich plötzlich auf die andere Seite GESETZT sieht...

...daß es Ansprüche gibt, die Du zu erfüllen hast..(und Deine eigenen?..daß das Bedürfnis der Studenten zu lernen doch nicht so groß sein kann, wenn Du ein bißchen nachhelfen sollst...

...daß eben nicht alle an der Diskussion teilnehmen...

...daß Deine Fragen zugegebenermaßen nicht ganz einfach sind, weil....

...daß die Scheine ein Übel sind, aber was soll man machen...

Fakten und Realitäten. schluß. Punkt.

Ein Aufatmen bezüglich unserer Genossen, bzw. Vorfahrensituation erfolgte bei uns aufgrund eines Satzes, den Du ziemlich zum Schluß schreibst: "Es wird sich vielleicht herausstellen, daß meine Ansprüche zu hoch sind, dann werde ich sie korrigieren." In der Annahme, daß sich "Ansprüche" auf den ganzen Komplex Deiner Tätigkeit als Leiter einer Tutorialübung bezieht. und daß ja vorallem die Studenten beurteilen können sollten, ob die Ansprüche zu hoch sind, soll diese Antwort zur Klärung der verschiedenen ...p Ansprüche, die unserer Meinung nach nicht nur in der Quantität unterschiedlich sind, beitragen. Vielleicht können wir Dir mit dieser Antwort unsere Sichtweise verdeutlichen, vielleicht sitzt Du als Assistent wirklich auf der anderen Seite und kannst - von dort-logischerweise- objektiv begründbar- die andere Seite und Sichtweise nur mehr schwer nachvollziehen...

Gerade alle jene Fakten und Realitäten, die Du - Schluß. Punkt. - als Gegebene Deiner Vorgangsweise und deren Begründung zugrundelegst, sind für uns Ansatzpunkte und Ziele unserer Politik. Schweigen in Diskussionen und mangelnde Motivation (und vielleicht auch "Deiner und einiger Tutores Unfähigkeit", wie Du das nennst) werden vor diesem Hintergrund nicht zu unabänderbaren Tatsachen, auf Grund derer oder gegen die man sein Konzept "Wie kapieren sie ES am besten und schnellsten? Wie lernen sie am schnellsten RICHTIG argumentieren?" bestimmt. Desinteresse, Un- sicherheit und auch genial überspielte Angst sind einerseits Reflex des langjährigen Reinwachsendens in diese Gesellschaft; andererseits sind sie die auch Reaktionen auf die konkrete Situation (Tutorial), in der sich die Normen und Anforderungen dieser Gesellschaft mehr oder weniger wiederholen. Man kann das Problem von zwei Seiten angehen: 1.) man kann versuchen, wie Du das scheinbar tust, in der bekannten Form "neue, kritische Inhalte" zu vermitteln, Erkenntnisprozesse über eben diese Gesellschaft (und Wirtschaft) und deren Strukturen, also implizit über deren Veränderbarkeit, einzuleiten - in der Art der ERKENNTNISVERMITTLUNG jedoch den Reflex dieser (teilweise kritisierten) Strukturen, beizubehalten.

Daß sich unser Hineinwachsen in diese Gesellschaft, unsere Prägung durch Erziehung, schule, Umwelt... heute u.a. in Schweigen, Nichtmotiviertheit.. ausdrückt, erscheint Dir als lästige Störung Deines Ziels, uns kritisch und bewußt gegenüber dieser Gesellschaft zu machen.

Für uns sind das aber nicht Störfaktoren im Programm, die man halt irgen-
wie organisatorisch-technisch angehen oder umgehen muß (siehe das 20-30
Papier, 2x abgegeben, damit diese unfähigen Studenten lernen "ökonomisch
richtig" zu argumentieren, schriftlich, weil sie sich mündlich schwer aus-
drücken können...); für uns sind Kommunikationsschwierigkeiten, Angst
vorm Reden, Unlust am Stoff... Symptome, die den Blick und das Erkennen
einer noch so kritischen Theorie verdunkeln und erschweren. Und das ist
genau das, was Du, in unseren Augen, auf der anderen Seite sitzend, nicht
mehr siehst: es ist ebenso wichtig, die Brandmerkmale, die uns unsere
Umwelt aufgedrückt hat - und die nicht zuletzt dazu dienen, den Blick zu
verschleiern und Erkenntnis zu erschweren -, zu beseitigen, wie eben die
Erkenntnis in die grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
Zusammenhänge zu gewinnen! und das sehen wir als 2., für uns einzig sinn-
volle, Möglichkeit, an das problem heranzugehen.

Es geht uns nicht primär darum, ob man für die Übung 20 oder 50 Stunden
aufbringen muß, unsere Kritik an Deinen Ansprüchen ist eine prinzipielle
(Deine Ansprüche sind uns sogar zu gering, die daraus resultierenden An-
forderungen allardings zu hoch und - nicht zu unserem Ziel führend).

Wir gehen davon aus, daß keiner die Welt für einen anderen enthüllen
kann, auch Du nicht mit noch so guten Theorien und großen Anstrengungen
für die unmündigen Studenten. Wir müssen selbst zu Subjekten dieses Vor-
gangs werden, das heißt aber: bei unserer Sichtweise, unseren Interessen
oder Nicht-Interessen, unseren Fragen oder unserem Schweigen anfangen
und nicht bei Deinem fertigen Konzept und Deinem ökonomisch richtigen
Argumentieren... und gerade dafür wollen wir den Freiraum eines Tutorials
über die Details - am Dienstag

Dein RUK
(bzw. ein Teil davon, der
ganze, wer immer das alles ist,
hat sich noch nicht geäußert)

An alle Peter Rosners!

Ihr braucht keine Angst haben, Ihr werdet nicht so schnell über-
flüssig, wenn das auch manchmal den Anschein hat. Wenn wir es erst
einmal geschafft haben, unsere Erzieher zu erziehen, dann werdet Ihr
wieder wichtig...

Kleinanzeigen:

Es gibt einen Arbeitskreis - Macht und Ohnmacht des Staatsbürgers
(aus ökonomischer, soziologischer, juristischer und politischer Sicht)
Do, 19.30 clubraum des Studentenheimes Strudelhofgasse
Melden bei Markus Distelberger tel 43 62 483

Ob's den Börsenkrach vor den Ferien noch einmal gibt,?!?!
Wir sind schon alle so urlaubsreif...